

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 91520-12



Inhalt

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB zur Bonner Vorbereitung auf den Rio-Gipfel: Ein Sammelsurium von Unverbindlichkeiten.

Seite 1

Otto Reschke MdB zum Erfordernis, die Bonner Wohnungspolitik zu korrigieren: Sozialwohnungen sind zum knappen Gut geworden.

Seite 4

Walter Kolbow MdB zur Erinnerung an Bruno Friedrich, langjähriger fränkischer SPD-Bezirksvorsitzender, der am 31. Mai 65 Jahre alt geworden wäre: Ein unbequemer Mahner und überzeugender Vorausdenker.

Seite 6

47. Jahrgang / 101

27. Mai 1992

Ein Sammelsurium von Unverbindlichkeiten Zur Bonner Vorbereitung auf den Rio-Gipfel

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat in ihrer gestrigen Kabinettsitzung ihre Verhandlungsposition für die Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio fixiert. Was da jetzt auf den Tisch gelegt wurde, ist jedoch nichts als ein Sammelsurium unverbindlicher Erklärungen und vollmundiger Ankündigungen. Die Zustimmung zu einer völlig unverbindlichen Klima-Rahmenkonvention bedeutet keine echte Verpflichtung. Und die Erklärung, die Bundesrepublik werde bis zum Jahre 2005 ihre Kohlendioxidemissionen um 25 bis 30 Prozent verringern, sind leere Versprechungen, solange nicht gesagt wird, durch welche konkreten Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann. Die Ankündigung, man wolle den Technologietransfer in die Entwicklungsländer verbessern, hören wir nun schon Jahr für Jahr, ohne daß wirklich etwas geschieht.

Völlig ungeklärt ist vor allem, ob die Industrieländer bereit sind, den Staaten des Südens beim Umweltschutz (der auch in unserem eigenen Interesse ist) finanziell zu helfen. Die Rede ist von einem Umweltfond bei der Weltbank in Höhe von einer Milliarde Dollar. Dies entspricht sage und schreibe 1,5 Prozent der 75 Milliarden Dollar, die die Weltbank im jüngsten Weltentwicklungsbericht für den globalen Umweltschutz gefordert hat, um auch nur die dringlichsten Probleme zu lösen. Und wenn sich die Bundesrepublik an diesen 1,5 Prozent mit ganzen 160 Millionen Dollar beteiligen will, so sollte sie sich damit nicht brüsten. Zu einer wirklichen Problemlösung trägt dies alles nicht bei.

Der Bundeskanzler und die verantwortlichen Minister Töpfer und Spranger verheimlichen die Wahrheit, wenn sie den Menschen immer wieder vormachen, Rio bedeute einen Fortschritt zur Lösung der globalen Umweltprobleme. Und die Bundesrepublik sei der Vorreiter. Vielleicht ist sie ein Einäugiger unter vielen Blinden, die immer noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen, daß der Teufelskreis von Armut, Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum endlich durchbrochen werden muß, um eine globale Katastrophe zu verhindern. Wirkliche Meriten könnte die Bundesregierung jedoch nur in Anspruch nehmen, wenn sie bindende Verpflichtungen übernehme und nicht wieder einmal die noch geringeren Zusagen der Europäer und der Amerikaner als Alibi benutzte, um selbst zwar nicht Nichts, aber viel weniger als nötig zu tun.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Demokratische Umwelt
zu normalen Preisen
Köln/Paris



Wenn die Konferenz in Rio scheitert, wird es erneut Jahre brauchen, bis ein neuer Anlauf gemacht werden kann, um wirksame internationale Konventionen zum globalen Umweltschutz abzuschließen.

Natürlich müssen auch der Süden und der Osten umdenken und umsteuern. Neben Menschenrechten und Rechtssicherheit gehören die Bekämpfung absoluter Armut, ein verstärkter Umweltschutz, eine Dämpfung des Bevölkerungswachstums und eine ökologische Wirtschaftspolitik künftig zu den Kriterien einer verstärkten entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

Doch im Norden liegt der eigentliche Schlüssel zur Bewältigung der globalen Umweltzerstörung.

Die besondere Verantwortung des Nordens liegt zum einen darin begründet, daß die globalen Risiken und Fehlentwicklungen stärker vom Norden als vom Süden verursacht sind. Er ist in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker zum Hauptverursacher globaler Umweltzerstörung geworden. Mit 20 Prozent der Weltbevölkerung beansprucht er 80 Prozent der Weltressourcen und immitiert den weit überwiegenden Teil des klimagefährdenden Kohlendioxids. Und er kann sich auch von einer Mitschuld an der Armut des Südens nicht freisprechen. Nicht nur in den 500 Jahren des Kolonialismus wurde der Süden vom Norden ausgebeutet und an einer eigenständigen Entwicklung gehindert. Dies geschieht bis heute. In den letzten Jahren flossen jährlich 50 Milliarden Dollar mehr vom Süden zum Norden als vom Norden zum Süden.

Die besondere Verantwortung des Nordens ergibt sich, zum anderen, daraus, daß nur der Norden die wirtschaftliche und politische Macht besitzt, um die Weichen der globalen Entwicklung neu zu stellen. Der Philosoph Hans Jonas hat eindringlich darauf hingewiesen: die Produktionskraft des Nordens übersteigt jene des Südens und des Ostens um ein Vielfaches. Das Sozialprodukt Deutschlands beläuft sich bei 80 Millionen Einwohnern auf 2.600 Milliarden Mark. Jenes von China beträgt 700 Milliarden Mark, bei 1,2 Milliarden Menschen. Bedarf es eines klareren Beweises dafür, daß die ökonomischen Spielräume für politische Zukunftsgestaltung weit eher im Norden als im Süden liegen? Dies gilt nicht nur für Finanzen und Wirtschaftskraft, sondern auch für deren Voraussetzungen: nämlich Bildung, Wissenschaft und Technik. Dies gilt für die Fähigkeit, sich in der Weltwirtschaft zu behaupten. Und eine fast überwältigende Macht hat der Norden für die Bildung des globalen Bewußtseins. Über ein weltweites Oligopol von Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen steuert der Norden Wünsche, Erwartungen und Verhaltensweisen bis in die letzten Winkel der Welt.

Schuld und Macht also konstituieren die besondere Verantwortung des Nordens für die globale Entwicklung. Und aus dieser Verantwortung erwächst nicht nur eine moralische Verpflichtung der Reichen - und der vergleichsweise Reichen -, mit den Armen zu teilen und die globalen Lebensgrundlagen zu erhalten. Der Norden muß auch im eigenen Interesse endlich handeln, um die Ursachen wachsender Wanderung, Bevölkerungsexplosion, Drogenhandel und Klimaveränderung zu bekämpfen. Und selbst, wenn wir jetzt in Deutschland und Europa in schwereres Wasser geraten sind, müssen wir begreifen, daß wir aus der globalen Verantwortung nicht - und auch nicht zeitweilig - einfach aussteigen können, weil wir jetzt vermeintlich Wichtigeres, weil Näherliegendes, zu tun haben. Was hat größere Priorität, als diese Erde lebensfähig zu erhalten und für unsere Kinder das Erbe zu bewahren, daß unsere Vorfahren in tausenden von Jahren aufgebaut und uns hinterlassen haben.

Vor allem vier Aufgaben sind dringlich:

1. Der globale Ressourcentransfer muß in sein Gegenteil verkehrt werden. Seit Jahrhunderten fließen die Ressourcen - durch die Gewalt der Waffen oder durch ungleichen Tausch - vom Süden nach Norden. Wenn es nicht bald gelingt, diesen Transfer umzukehren, kann es

nicht gelingen, im Süden die krasse Armut zu bekämpfen, Katastrophen zu verhindern, wachsende Umweltzerstörung, die zunehmend die Folge der Armut ist, zu beseitigen und die Bevölkerungsexplosion wenigstens zu dämpfen.

2. Am direkten Transfer von Kapital und Technologie hängt jedoch nicht alles. Genauso wichtig und vielleicht noch wichtiger ist es, daß die weltwirtschaftlichen Strukturen nicht länger den Süden benachteiligen. Ohne eine entschiedene Verbesserung der Terms of Trade, ohne stabilere Zinsen auf niedrigerem Niveau, ohne eine gezielte Senkung des Schuldendienstes und ohne Abbau von Protektionismus greifen alle Transfers und auch alle Eigenleistungen in den Entwicklungsländer zu kurz.

Das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem muß also reformiert werden. Dazu gehört die Weiterentwicklung des GATT-Systems zu einer internationalen Handelsorganisation. Damit muß erreicht werden, daß neben einer grundlegenden Liberalisierung der Handelsbeziehungen weltweit ökologische Mindeststandards verbindlich gemacht werden, daß junge Industrien im Osten und im Süden eine Aufbauchance erhalten, daß regionale Wirtschaftsräume begünstigt werden und daß auch die starken Länder sich einer handelspolitischen Disziplin unterwerfen müssen.

3. Der Norden hat zu beweisen, daß er selbst zur Strukturanpassung fähig ist. Industrieländer müssen im eigenen Hause Produktion, Arbeit und Verbrauch so umschichten, daß eine ökologisch verträgliche Entwicklung gefördert und wirtschaftlich und sozial schädliche Besitzstände abgebaut werden. Wie können wir von den ärmsten Ländern der Welt fordern, daß sie ihre Verschuldung senken und sich harten Maßnahmen der Strukturanpassung unterwerfen, wenn wir, die reichen Industrieländer, das Staatsdefizit explodieren lassen und unfähig sind, nicht wettbewerbsfähige Teile unserer Landwirtschaft und Industrie umzustrukturieren!? Geradezu zynisch ist es jedoch, wenn wir Länder wie China und Indien zum Verzicht auf Milliarden zusätzlicher Autos (die ja gewiß den ökologischen Kollaps bedeuten würden) bewegen wollen, selbst aber weiter auf absoluter Bequemlichkeit, unbegrenzter Konsumwahl und totaler Mobilität - vor allem durch das Auto - bestehen.
4. Der Norden muß die von ihm selbst verursachten Umweltbelastungen viel konsequenter als bisher verringern. Nur wenn die Industrieländer sofort die Emission von FCKW's stoppen, den Anstoß von Kohlendioxyd drastisch reduzieren, die Einleitung von Schadstoffen in Gewässer und Meere verbieten, den Verbrauch knapper Rohstoffe Schritt für Schritt senken und den Entwicklungsländern eine Kompensation dafür bieten, daß diese auf den kurzfristigen Nutzen aus Umweltzerstörung verzichten: Nur dann wird der Norden den Süden und Osten dazu bewegen können, schon heute - also wesentlich früher als die Industrieländer dies taten - auf ein ökologisch verträgliches Wachstum überzugehen.

Die besondere Verantwortung des Nordens für die globale Entwicklung rechtfertigt es, ja macht es zwingend, daß die reichen Industrieländer endlich Vorleistungen beim globalen Umweltschutz erbringen und das Tempo einer umfassenden ökologischen Umsteuerung radikal beschleunigen. Dies aber ist undenkbar, wenn wir nicht unseren eigenen Stil von Leben und Produzieren verändern. Dies setzt aber voraus, daß wir unseren bisherigen Begriff von Fortschritt und Entwicklung hinterfragen und unser westliches Wirtschaftsmodell einer grundlegenden Revision unterziehen.

(-/27. Mai 1992/rs/ks)

Sozialwohnungen sind zum knappen Gut geworden
Zum Erfordernis, die Bonner Wohnungspolitik zu korrigieren

Von Otto Reschke MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses des Deutschen Bundestages

Unter der Bundesregierung hat die Wohnungspolitik bisher nur ein stiefmütterliches Daseins gefristet. Es fehlt an Kontinuität, Vorsorge und Effizienz. Wohnungspolitik mit Krisenmanagement zu betreiben ist der falsche Weg. Auch personell betrachtet die Bauministerin ihre Aufgabe als Durchlauferhitzer und steht in Warteposition für "höhere Aufgaben". Die Bundesregierung preist ständig ihre "Erfolge" - in altbekannter und unverschämter Manier - ohne Ursachen zu beheben. Mit einer Steigerung von 0,9 Prozent in den Jahren 1990 bis 1991 auf dem Sozialwohnungssektor, was genau ein mehr von 825 Wohnungen bedeutet, führt die Bundesbauministerin die in den 80er Jahren begonnene "Aufwärtsentwicklung" des sozialen Wohnungsbaus fort. Ein wirklich klägliches Ergebnis mit dem sich Frau Schwaetzer eher der Lächerlichkeit preisgibt. Die Frage ist, wie lange sie sich noch den Fakten entziehen kann?

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit steigen in allen Bundesgebieten ständig an: Von knapp 2.000 obdachlosen Kölner Haushalten, konnten 1991 circa 500 eine neue Wohnung beziehen. 1.500 stehen also immer noch auf der Straße. Tendenz steigend. Sozialwohnungen sind nicht nur in Köln ein knappes Gut. Allein in den alten Bundesländern stehen 6,5 Millionen anspruchsberechtigten Haushalten nur etwa drei Millionen Sozialwohnungen zur Verfügung und dies bei seit zehn Jahren unveränderten Einkommensgrenzen zum Bezug von Sozialwohnungen.

Folgendes Bild ergötzt sich auf dem Sozialwohnungsmarkt:

1. Vor allem Personen, die neu auf dem Markt auftreten, wie junge Familien, geschiedene Eheleute, Alleinerziehende und Aussiedler haben dabei die schlechtesten Chancen, eine der drei Millionen vorhandenen Sozialwohnungen zu beziehen.
2. Durch Auslaufen der Bindungen schrumpft die geringe Zahl der Sozialwohnungen ständig. Pro Jahr entfallen circa 150.000 Wohnungen durch Rückzahlung der Darlehen. Mit ihnen natürlich auch die Mietpreis- und Belegungsbindungen, die an die Vergabe der Darlehen geknüpft waren. Durch die Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung der öffentlichen Darlehen wurden von 1985 bis 1990 circa eine Million Sozialwohnungen vor Ablauf der eigentlichen Frist abgelöst.

Der Sozialwohnungsneubau 1991 von 94.000 (Zuwachs gegenüber 1990 0,9 Prozent) reicht nicht aus, um dies aufzufangen. Besonders makaber: Dies ist das beste Ergebnis seit Jahren. Denn die Bundesregierung und ihr Koalitionspartner zogen sich in den 80er quasi aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zurück, um dieses Feld fortan von den Ländern und Gemeinden bestellen zu lassen, die ja schon seit Jahren eine Stärkung ihrer wohnungspolitischen Kompetenzen forderten, aber die versprochenen Bundesmittel blieben aus. Während 1983 noch 59.000 soziale Mietwohnungen gefördert wurden, waren es im Jahr 1988 nur noch auslaufende Förderprogramme mit knapp 13.000 Mietwohnungen. Innerhalb von sechs Jahren von 1983 bis 1988 wurden die Mittel radikal um 80 Prozent von 2,29 Milliarden DM auf 0,5 Milliarden DM zusammengestrichen. Diese Schleifspuren sind heute noch sichtbar.

Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind zwar in den folgenden Jahren in den alten Bundesländern wieder bis auf 1991 1,76 Milliarden DM angestiegen. Viel zu wenig, um Wohnraummangel zu beheben. Von den 1,76 Milliarden DM flossen jedoch lediglich 150 Millionen DM in den klassischen 1. Förderweg. Der "Rest" floß in den 3. Förderweg mit kurzfristigen Bindungen.

3. Durch die Favorisierung des 3. Förderwegs seitens der Regierung werden Fördergelder verschwendet. Denn nach maximal zehn Jahren können die Investoren über die Wohnung frei verfügen, sprich Mietpreis- und Belegungsbindung entfallen und die Miete fällt höher aus als nach dem 1. Förderweg. Zugegebenermaßen auf die Rendite bezogen der interessantere Weg für die privaten Investoren, in zehn Jahren eine Wohnung steuerlich komplett abzuschreiben.

Der Bund verlagert, mit einer geringeren Bezuschussung über den dritten Förderweg (50.000 bis 70.000 DM pro Wohneinheit) gegenüber dem ersten Förderweg (120.000 DM pro Wohneinheit), die Probleme auf die Länder und Kommunen. Denn auch durch einen geringeren Zuschuß vom Bund wird das Bauen nicht billiger. Letztendlich zahlen die Städte und Gemeinden die Restzeche und erhalten dafür Bindungen für zehn Jahre hinaus, wird die vereinbarte Förderung zumindest genauso teuer wie der erste Förderweg. Man bekommt nur weniger fürs Geld, zu Lasten der kommunalen Finanzen, die sowieso angespannt sind.

4. Die Einkommensgrenzen, der Maßstab zum Bezug einer Sozialwohnung, wurden seit über einem Jahrzehnt nicht mehr angepaßt. Familien, denen auf Grund ihres Einkommens eine Sozialwohnung verwehrt ist, die jedoch in Großstädten Marktmieten von 15 bis 25 DM pro Quadratmeter nicht tragen können, werden quasi in die Wohnungsnot und Obdachlosigkeit geschickt. Dies hat etwas mit Einkommensgrenzen zu tun.

Ohne sozialen Wohnungsbau ist die sozialpolitische Aufgabe der Wohnraumversorgung nicht zu lösen. Dabei ist der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau über den ersten Förderweg unverzichtbar.

Erforderlich ist, der jährliche Neubau von mindestens 200.000 Sozialwohnungen mit langfristigen Bindungen, um auch Einkommensschwachen den Zugang zum Wohnungsmarkt zu verschaffen und Städte und Gemeinden nicht mit ihrer Mangelverwaltung alleine zu lassen. Die Festschreibung der Bundesfinanzhilfen auf fünf bis sechs Milliarden DM pro Jahr, die von den einzelnen Bundesländern eigenverantwortlich eingesetzt werden können und nicht wie vom Bund geplant 3,7 Milliarden DM gekoppelt mit der Auflage 3/4 der Mittel über den dritten Förderweg einzusetzen, ist erforderlich.

Eine behutsame Korrektur der Einkommensgrenzen zum Bezug einer Sozialwohnung nach oben ist dringend geboten, um zu verhindern, daß Haushalte mit geringerem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt in das Loch zwischen Sozial- und Marktmiete fallen. Aber auch, um aufgrund der inflationsbedingten Einkommenserhöhung nicht immer neue Fehlbelager zu produzieren. Nach Schätzungen des Instituts für Wohnen und Umwelt sind 40 Prozent der Sozialmieterhaushalte fehlsubventioniert.

(-/27. Mai 1992/rs/ks)

Ein unbequemer Mahner und Überzeugender Vorausdenker

**Zur Erinnerung an Bruno Friedrich, langjähriger fränkischer SPD-Bezirkvorsitzender, der
am 31. Mai 65 Jahre alt geworden wäre**

**Von Walter Kolbow MdB
Vorsitzender des SPD-Bezirks Unterfranken**

Am 31. Mai 1992 wäre Bruno Friedrich 65 Jahre alt geworden. Er starb kurz nach seinem 60. Geburtstag nach schwerer Krankheit am 20. Juni 1987.

Wir gedenken eines Mannes, der sein Denken und Handeln von früher Jugend an in den dienst des demokratischen Sozialismus gestellt hat. Wir erinnern uns dankbar des erfolgreichen Parlamentariers, der von 1972 bis 1980 Mitglied der Bundestagsfraktion und zuletzt deren stellvertretender Vorsitzender war. Und der seit 1979 dem Europäischen Parlament angehörte, in dem er von 1980 bis 1984 das Amt des Vizepräsidenten wirksam wahrgenommen hat.

Wir gedenken des bewährten Parteifunktionärs, der diese Bezeichnung immer als eine ehrenvolle Qualifikation verstanden hat. Ein solcher war er insbesondere als Vorsitzender des Unterbezirkes Würzburg von 1967 bis 1972 und des traditionsreichen Bezirkes Franken in den 15 Jahren zwischen 1970 und 1985 sowie als Mitglied des Parteivorstandes von 1973 bis 1984. In dieser Eigenschaft war Bruno Friedrich zugleich Vorsitzender der Europa-Kommission des Parteivorstandes und der Repräsentant der SPD im Präsidium des Bundes der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft. Seine Impulse haben zur Wiedergeburt der portugiesischen und spanischen Demokratie beigetragen.

Nicht zuletzt erinnern wir uns dankbar an den überzeugten Pädagogen, der sich der politischen Bildungsarbeit verschrieben hatte. Von 1962 bis 1965 war er Bildungsreferent beim Parteivorstand der SPD, von 1966 bis 1972 Direktor der Gesellschaft für politische Bildung in Würzburg. Dort legte er den Grundstein dafür, daß die "Frankenwarte" in den siebziger Jahren eine der führenden Heimvolksschulen der Friedrich-Ebert-Stiftung geworden und bis heute geblieben ist.

Bruno Friedrich war Zeit seines politischen Lebens ein kritischer und unbequemer Mahner. Mit der Fähigkeit des Vorausdenkens ausgestattet bleibt er als überzeugender Aufklärer in unserer Erinnerung, der "den Ideenhimmel irdisch machen konnte", wie Rudolf Schöfberger 1987 in seinem Nachruf schrieb. So war es kein Zufall, daß der von Bruno Friedrich initiierte Antrag des Bezirkes Franken auf dem Münchener Parteitag 1982 die Diskussion über ein neues Grundsatzzprogramm in Gang gesetzt hat, die mit dem Berliner Programm im Dezember 1989 in Reichweite der deutschen Einheit ihren Abschluß fand.

In Zeiten, wo Orientierung und Führung in Deutschland nicht selbstverständlich sind, fehlt uns dieser unermüdliche Sozialdemokrat der Tat, der auch als Mann voll des aufklärerischen Geistes mitreißen konnte. Möge gerade deshalb sein Werk in der reformierten fränkischen und bayerischen SPD fortwirken.

Zum 65jährigen Geburtstag ehren und würdigen wir die Taten Bruno Friedrichs am besten, wenn wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in seinem Sinne weiterarbeiten.

(-/27. Mai 1992/rs/ks)
